

Antrag A001: Gesellschaftlicher Aufbruch 2021 - Den ökologischen Umbau gerecht gestalten [neue Version Antragsstellende]

Laufende Nummer: 134

Antragsteller/in:	Bundesvorstand		
Status:	angenommen		
Sachgebiet:	A - Antrag		
Abstimmungsergebnis:	Ja:	(93.548 %)	116
	Nein:	(4.032 %)	5
	Enthaltung:	(2.419 %)	3
	Gültige Stimmen:		124

Hitzesommer und Artenschwund, Krise des Gesundheitssystems und Pflegenotstand, Kinderarmut, erodierende Böden und prekäre Arbeitsbedingungen – unser Wirtschaftssystem führt neben der ökologischen Zerstörung global und hier in Deutschland zu immer massiveren sozialen Verwerfungen. Diese Krisen werden wir nur lösen, wenn wir ihrer gemeinsamen Wurzel auf den Grund gehen und Alternativen schaffen, die auch den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft überstehen. Diese Alternativen dürfen die Verantwortung zur Lösung der Krisen nicht auf das individuelle Handeln des Einzelnen übertragen. Sie müssen verlässlich sein, Planbarkeit ermöglichen und den Menschen in unserer Gesellschaft Sicherheit geben.

Die gegenwärtige Wirtschaftsform ist nicht zukunftsfähig!

Wir brauchen dringend sowohl einen verbindlichen Rechtsrahmen für die Gesamtwirtschaft, der allen ein gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen ermöglicht, sowie eine Stärkung der Gemeinwirtschaft. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung, die auf dem Schutz von Klima, Biodiversität, Boden, Wasser und Luft basiert. Dazu ist eine große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Wir arbeiten mit an Lösungen, die Perspektiven für ein gutes Leben und für soziale Gerechtigkeit eröffnen in einer Wirtschaft, die nicht mehr vom Wachstum abhängig ist. Dazu sind grundlegende Reformen des Ordnungsrahmens erforderlich. Die Bundestagswahl 2021 ist ein entscheidender Zeitpunkt, um einen Aufbruch einzuleiten. Nachhaltigkeitsziele müssen zu verbindlichen Leitplanken des Wirtschaftens und der Politik der Bundesregierung werden.

Die Milliarden- Ausgaben zur Bekämpfung der Corona- Krise müssen mit Investitionen in die Zukunftsfähigkeit verbunden werden. Das sind vor allem öffentliche Investitionen in den Umbau der Infrastruktur und Stärkung des Bildungs- und Gesundheitssystems. Aktuelle und zukünftige Konjunkturpakete müssen dazu beitragen, unsere Wirtschaft stabiler und grüner zu machen. Der Versuch, die Situation vor der Krise wiederherzustellen, ist zum Scheitern verurteilt. Stattdessen sollten Unternehmen bei ihrer Neuausrichtung unterstützt werden und insbesondere große Unternehmen strenge Nachhaltigkeitskriterien bei der Inanspruchnahme von staatlichen Hilfen erfüllen. Perspektivisch fordern wir neben der Beendigung von klima- und umweltschädlichen Subventionen ein grünes Investitionsprogramm für eine Energie-, Verkehrs- und Agrarwende. Regionale, vielfältige und dezentrale Versorgungsstrukturen wie zum Beispiel im Bereich der

Energie- und Landwirtschaft sind nicht nur klima- und umweltfreundlicher, sondern auch resilienter gegenüber Schocks wie Finanzkrisen, Naturkatastrophen und Pandemien. Technische Innovationen sind keine hinreichenden Antworten auf die Gestaltung des Transformationsprozesses. Dazu sind auch neue Lebensstile und soziale Innovationen erforderlich, die durch Suffizienzpolitik unterstützt werden müssen.

Dazu müssen auch Ansätze gestärkt werden, bei denen Menschen zu Handelnden in eigener Sache werden, wo kreative Lösungen für ökologische oder soziale Probleme entstehen und Solidarität praktiziert wird: Nachbarschaftshilfe, Projekte wie die Erneuerbaren Energien in Bürger*innenhand oder der solidarischen Landwirtschaft, FoodCoops; kooperatives Wirtschaften, wie in Initiativen der Transition Towns, als handlungsleitender Gedanke von Genossenschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen als soziale Dienstleister. Besonderen Gestaltungsbedarf sehen wir in folgenden Bereichen:

Naturschutz – Lebensgrundlagen bewahren

Naturnahe Ökosysteme und Lebensräume, Artenvielfalt und genetische Vielfalt bilden die Grundlage unserer Existenz. Unsere Vision ist: Naturschutz abgestuft auf 100 Prozent der Fläche in Deutschland um Wildnis, Erhalt vielfältiger Kulturlandschaft und nachhaltige Nutzung miteinander zu verknüpfen. Dabei setzen wir uns gegen Vorstellungen ein, die Natur primär als Ansammlung von Ökosystemleistungen zu definieren und gegen eine Bioökonomie, die Natur auf die Bereitstellung von Biomasse zur stofflichen und energetischen Nutzung reduziert. Wir fordern klare internationale Ziele und einen ambitionierten „Nationalen Aktionsplan Biodiversität 2030“.

Wir wollen mehr (mindestens 30% der Landesfläche/ mehr als 30% der Meeresfläche) vernetzte und funktionierende Schutzgebiete und einen verbindlichen nationalen Biotopverbund als „grüne Infrastruktur“. Unser Ziel ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zukunftsfähig zu erhalten und die von der Klimakrise am stärksten betroffenen Lebensräume dauerhaft zu stabilisieren. Wir müssen der naturfreundlichen Landbewirtschaftung eine dauerhafte Finanzierung geben, die Flächenversiegelung stoppen und Belastungen durch Eingriffe in die Natur minimieren. Dafür fordern wir absolute Grenzen der Ressourcennutzung.

Dezentrale naturverträgliche erneuerbare Energien in Bürger*innenhand

Deutschland muss spätestens 2040 klimaneutral sein; die Stoffströme müssen bis dahin zumindest halbiert sein. Damit dies gelingen kann, muss das Klimapaket nachgebessert werden und die CO₂- Emissionen müssen schneller und stärker verteuert werden – verbunden mit sozialem Ausgleich durch einen Öko-Bonus.

Verbesserte Energieeffizienz und suffiziente Verwendung von Energie senken Kosten und sind ein Wirtschaftsfaktor und machen die Energiewende sozial verträglich.

In Deutschland war die naturverträgliche Energiewende, die von Bürger*innen maßgeblich vorangetrieben wurde, ein großer Erfolg. Der deutlich gesteigerte Ausbau der erneuerbaren Energien muss daher wieder verstärkt in der Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften erfolgen, mit Teilhabe an den Anlagen und direktem Strombezug, ob von Windenergie im Ort oder Solar- und KWK-Strom im Haus.

Dezentrale zelluläre Energiekonzepte mindern den Stromnetzausbau, stärken regionale Kreisläufe und bieten Versorgungssicherheit. Die Energiewende muss soziale Autonomie schaffen gegenüber Energiekonzernen.

Für einen Systemwechsel in der Landwirtschaft

Landwirtschaft ist systemrelevant! Veränderungen zu Gunsten der Biologischen Vielfalt, unserer Böden und Gewässer, des Grundwassers und des Klimas können nicht mehr warten. Daher setzt sich der BUND für einen Systemwechsel in der Landwirtschaft ein. Die natürliche jährliche Regeneration der Natur ist die absolute Grenze für den Systemwechsel in der Landwirtschaft, Regionale Kreisläufe mit flächengebundener Tierhaltung, ohne Gentechnik und ohne Pestizide, (einschließlich Totalherbizide) sowie synthetische Dünger sind dafür unabdingbar. Flankiert werden muss dieses Bestreben durch eine Ernährungswende. Weniger tierische Lebensmittel auf unserem Speiseplan ermöglichen erst eine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in unseren natürlichen Grenzen. Die tiefe internationale Verflechtung in Import (bspw. Eiweißfuttermittel, insbesondere gentechnisch veränderte) und Export (v.a. Fleisch und Molkereiprodukte) muss reduziert werden. Statt immer mehr und immer billigere Produkte für den Weltmarkt zu produzieren, fordern wir faire Marktbedingungen für die Bauernhöfe und kostendeckende Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Wenn die ökologischen Anforderungen steigen und die agrarische Produktivität sinkt, werden höhere Preise sehr wahrscheinlich. Daher wird eine soziale Flankierung des Umbaus notwendig. Zudem braucht es dringend Maßnahmen gegen die enorme Ungleichverteilung von Böden in Deutschland. Kleine und mittlere Betriebe können oftmals kein weiteres Land mehr kaufen oder pachten, weil dies inzwischen Investoren, z. B. Nahrungsmittelkonzernen, Handelsketten und Konzernen aus der Finanz- oder der Pharmaindustrie gehört.

Nachhaltige Mobilität

Ein Ausbau des öffentlichen Mobilitätssektors und der Wasserstoffwirtschaft reichen nicht, um den Verkehrssektor zukunftsfähig zu machen. Weder Natur, noch grüne Freiflächen dürfen in Zukunft durch Flächenfraß für Straßenbau zerstört werden. Der BUND setzt sich für eine bessere Finanzierung für ÖPNV und Bahn ein. Um den Verkehr insgesamt zu reduzieren, müssen Strategien entwickelt werden, motorisierten Personen- und Güterverkehr zu vermeiden. Nicht vermeidbarer motorisierter Verkehr soll weitestgehend von der Straße auf den Umweltverbund aus Fußgänger, Radfahrer und Schiene verlagert werden.

Wir fordern von einer künftigen Bundesregierung eine sozial gerechte Konversion der Autoindustrie, bei der sich Herstellung und Gebrauch von Autos an der Erreichung des 1,5 -Grad - Ziels orientieren. Die Fahrzeuge müssen nach ökologischen Produktionsstandards, d.h. mit viel geringerem Gewicht, geringerem Ressourcenverbrauch und niedrigerer PS-Zahl produziert werden, Lieferketten, Recycling und Rohstoffkreisläufe müssen höchsten ökologischen Ansprüchen genügen. Durch die Verdoppelung der Verkehrsanteile der Bahn und des Umweltverbundes, neue Mobilitätsdienstleistungen, Vernetzung aller Verkehrsmittel auf gemeinnützigen digitalen Plattformen und organisierte Mitnahme kann und muss die Zahl privater Fahrzeuge drastisch reduziert werden. Als BUND wollen wir unserer Verantwortung gerecht werden und im Austausch mit Bündnispartnern Vorschläge zu einem Einstieg in eine solche Konversion entwickeln.

Nachhaltig Bauen und Wohnen

Die soziale Verteilung von Wohnraum spitzt sich weiter zu. Die Standardantwort auf dieses Problem heißt: Bauen – oft auf Kosten von existierender Natur in Stadt und Land gleichzeitig wird die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen (Flächenrecycling) vernachlässigt. Die Bauwirtschaft ist zudem für enorme Ressourcenverbräuche und Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Forderungen, die durch eine Neu- und Umverteilung von Wohnraum ökologische und soziale Fragen zusammendenken und somit dem Flächenverbrauch entgegenwirken, sind in der bundes-, landes- und kommunalpolitischen Diskussion kaum präsent. Der BUND fordert daher ein Ende des Flächenverbrauchs vor 2030 und unterstützt daher Bewegungen und Initiativen, die eine Postwachstumsstadt, ein Anrecht auf Teilhabe am urbanen Leben wie an einem prosperierenden ländlichen Raum - von unten und für alle, sowie Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung von Wohnraum fordern. Aus ökologischer Perspektive stehen klare Flächenverbrauchsgrenzen, der Erhalt von Stadtnatur als grüne Infrastruktur und die ökologische Gebäudesanierung im Vordergrund. Stadtplanung muss neu gedacht werden. Leben, Wohnen und Arbeiten muss in einem Gebiet möglich sein.

Relevant für ein gutes Leben

Die Coronakrise hat für viele offenbar werden lassen: Das Gesundheitswesen ist systemrelevant. Das Bildungswesen ist systemrelevant. Einzelhandel und Gastronomie sind systemrelevant. Und auch Kultur und Kunst sind für eine lebendige Demokratie systemrelevant. Die Bedeutung dieser und vieler ähnlicher Felder für ein gutes Leben, Wertschöpfung und Arbeitsmarkt steigen seit vielen Jahren stetig an. Doch in der öffentlichen Darstellung von Wirtschaft dominieren nach wie vor Industrie und Bau, Auto, Beton, Chemie. Der BUND wird sich dafür einsetzen, dass sich die gesellschaftliche Bedeutung der Daseinsvorsorge in der öffentlichen Wahrnehmung und Wertschätzung und in der Einkommensverteilung besser widerspiegelt.

Nachhaltige Finanzwirtschaft

Allein das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland beläuft sich auf über 6 Billionen €. Die Art und Weise wie es investiert wird bestimmt maßgeblich die Sozial-, Umwelt- und Klimaverträglichkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wunsch Geld nachhaltig anzulegen, ist inzwischen stark ausgeprägt. Viele Anleger suchen nach Finanzinstituten und Anlageformen, die sich gezielt für Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung (ESG) einsetzen und nach Orientierung im mittlerweile sehr großen Angebot auf diesem Sektor. Als führender Nachhaltigkeitsverband befürwortet der BUND daher die Entwicklung klarer Leitlinien und Kriterien für die nachhaltige Anlage und unterstützt Organisationen, die Transparenz in diesem Sektor schaffen.

Der BUND begrüßt die Entwicklung einer Sustainable Finance- Strategie durch die Bundesregierung. Sie soll den Finanzsektor darin unterstützen, die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und der Ziele des Pariser Klimaabkommens notwendigen realwirtschaftlichen Aktivitäten zu finanzieren.

Demokratie fördern - Wahlalter senken!

Nicht erst die Straßenproteste der letzten zwei Jahre für das Klima haben gezeigt, dass junge Menschen bereit und gewillt sind, über ihre Zukunft mitzuentcheiden. Ein aktives Wahlrecht und Stimmrecht, für Heranwachsende ist im Sinne der Generationengerechtigkeit längst überfällig. Der BUND setzt sich daher für eine Absenkung des aktiven Wahl- und Stimmalters auf 16 Jahre (langfristig 14 Jahre) für die kommende Bundestagswahl 2021 ein.